

Erhöhung des Rentenalters

Stellungnahme zur Anhörung am 26. Februar 2007

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung
München

Die Erhöhung des Rentenalters ist eine Abkehr von der unseligen Frühverrentungsideologie vergangener Jahre. Jedes Jahr, um das ein Arbeitnehmer später in Rente geht, bedeutet eine doppelte Entlastung für das Rentensystem. Zum einen zahlt er ein Jahr länger, zum anderen bekommt er seine Rente für ein Jahr weniger. Sicher, auch die Erhöhung des Rentenalters ist eine Rentenkürzung, die nur den Mangel anders verteilt, aber unter den denkbaren Kürzungsmaßnahmen ist sie wahrscheinlich diejenige, gegen die es den geringsten Widerstand gibt. Die Deutschen müssen länger arbeiten, um den fehlenden Nachwuchs an jungen Menschen zu kompensieren.

Freilich ist die Erhöhung des Rentenalters nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die demografischen Verwerfungen sind viel zu groß, als dass hierin bereits die Lösung der Rentenkrise gesehen werden kann. Heute liegt das gesetzliche Rentenalter bei 65 Jahren, doch das durchschnittliche Alter des Renteneintritts liegt bei 62,6 Jahren, wenn man die Renten wegen Erwerbsunfähigkeit außer Acht lässt, und bei 60,5 Jahren, wenn man sie mit einbezieht. Mittels einer Erhöhung des gesetzlichen Alters für den Rentenbeginn auf 67 Jahre könnte es gelingen, den Durchschnitt bei der normalen Altersrente auf etwa 65 Jahre und bei allen Renten auf etwa 63 Jahre zu erhöhen.

Ohne diese Maßnahme ist zu erwarten, dass das Bruttorentenniveau von derzeit (2006) 47,3% bis 2035 auf 37,5% absinken wird und dass sich der effektive Beitragssatz einschließlich des anteiligen Bundeszuschusses, der über die versicherungsfremden Leistungen hinausgeht, von derzeit (2006) 22,1% auf 28% erhöht. Mit der Erhöhung des Rentenalters wird das Rentenniveau im Jahr 2035 bei 41,3% und der effektive Beitragssatz bei 26,1% liegen. Mehr kann man mit der Erhöhung des Rentenalters realistischweise kaum erreichen.

Wollte man das heutige Rentenniveau bis zum Jahr 2050 ohne eine Erhöhung des Beitragssatzes und des anteiligen Bundeszuschusses allein durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit halten, so müsste nach einer Berechnung der Vereinten Nationen das gesetzliche Rentenalter in Deutschland nicht auf 67 Jahre, sondern auf 77 Jahre ansteigen. Das ist zu absurd, als dass man sich damit ernsthaft auseinandersetzen könnte. Nach einer Prognose des Statistischen Bundesamtes wird die Restlebenserwartung von sechzigjährigen Männern im Jahr 2050 etwa 24 Jahre betragen. Die Erhöhung des Rentenalters auf 77 Jahre hieße also, dass man ein Leben lang arbeitet, um zum Schluss gerade einmal sieben Jahre eine Rente zu erhalten. Nur die Frauen, die über das sechzigste Lebensjahr hinaus im Schnitt noch 28 Jahre leben, hätten ein wenig mehr von der Sache.

Die Erhöhung des Rentenalters ist ein Stück sinnvoller Mangelverwaltung. Die wirklichen Lösungsansätze für Deutschlands demografische Krise liegen aber nicht in immer neuen Einfällen zur Umverteilung von Einkommen zwischen den und innerhalb der Generationen und der geschickten semantischen Begründung dieser Einfälle, sondern in Maßnahmen, die dem Mangel selbst abhelfen: Man muss dafür sorgen, dass in der kritischen Zeit, wenn die Rentnerzahlen wachsen, entweder mehr Ersparnisse oder mehr Menschen zur Finanzierung der Renten zur Verfügung stehen. Es geht deshalb prinzipiell um die Kapitaldeckung, eine Forcierung der Einwanderung und die Anhebung der Geburtenrate, wobei über die quantitative Bedeutung dieser Wege damit noch nichts gesagt ist. Insbesondere die Einwanderung ist weniger ergiebig, als es zunächst erscheinen mag. Alle drei Maßnahmen sind grundsätzlich als Teile eines sinnvollen Gesamtpakets zur Verminderung der anstehenden Probleme anzusehen.